

Karl Wilhelm Fricke: Widerstand und Opposition von 1945 bis Ende der fünfziger Jahre

Quelle:

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission. „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. VII, Teil 1, S. 15-26.

Auf eigene Definitionsversuche von Opposition und Dissidenz, Resistenz und Widerstand möchte ich hier verzichten. Sie blieben nach meiner Auffassung ohnehin fragwürdig, weil sich Geschichte, auch die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR, als dialektischer Prozeß vollzieht und daher letztlich kaum definieren oder gar in das Prokrustesbett einer Theorie zwingen läßt.

Der Berliner Historiker Peter Steinbach hat im Blick auf den Widerstand unter dem Hakenkreuz-Regime einmal geschrieben, daß „nicht primär eine historisch gesättigte Theorie des Widerstands anzustreben“ sei, „sondern eine möglichst farbige, inhaltlich und historisch differenzierte Gesamtgeschichte des Widerstands.“

Eine solche Gesamtgeschichte wäre ein wichtiger Beitrag der Historiker zu einer Theoriebildung oder, zumindest, zu einer Begriffsbestimmung von Opposition und Widerstand auch unter dem Regime der SED. Welche historischen Sachverhalte und Verhaltensweisen aus der Nachkriegszeit in der Sowjetischen Besatzungszone und aus den fünfziger Jahren in der DDR in eine solche Gesamtgeschichte einzubeziehen wären – eben dies will ich in der nächsten halben Stunde kurz aufzuzeigen versuchen als Einleitung zu einer hoffentlich lebhaften Diskussion mit den Zeitzeugen.

Der Befund, von dem Historiker bei ihren Forschungen über die Zeit des Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Diktatur und der deutschen Kapitulation 1945 auszugehen hätten, wäre einfach, denn damals in der Stunde Null der Nachkriegsgeschichte regten sich auch im sowjetischen Okkupationsgebiet weder Opposition noch Widerstand. Zwar empfand bestenfalls eine Minderheit in der Bevölkerung die Zerschlagung des Dritten Reiches als Befreiung, wie groß der Schock über das Desaster auch war, aber alles Sinnen und Trachten der Menschen war damals vom Ringen um die bloße Existenz bestimmt, vom tagtäglichen Kampf um Essen, Wohnung, Arbeit.

Auch als kraft Besatzungsgewalt die ersten Maßnahmen zur Entnazifizierung eingeleitet wurden, regten sich Opposition und Widerstand mitnichten. Wie sollte es anders ein?

Ehemalige Nazi-Aktivisten und Kriegsschuldige leisteten keinen Widerstand. Solidarität konnten sie von niemandem erwarten. Selbst als im Sommer 1945 die ersten umfangreichen Verhaftungen einsetzten, als Internierungslager errichtet wurden, regte sich kein Widerstand, obwohl davon nicht nur Aktivisten und Mitläufer der NSDAP, sondern auch Beamte, Lehrer, Juristen, Kaufleute, Bankiers, Industrielle, sogenannte Großbauern und Gutsbesitzer betroffen waren, vielfach übrigens unabhängig von ihrer politischen Einstellung auf Grund ihrer sozialen Herkunft.

Neben Desillusionierung und Apathie, die der Zusammenbruch der Nazidiktatur weithin ausgelöst hatte, überzog bald allerdings auch lähmende Furcht große Teile der Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone. Nur eine bewußt politische,

antifaschistisch gesinnte Minderheit war daher zunächst zur Zusammenarbeit mit der Sowjetischen Militäradministration und den deutschen Kommunisten bereit, wobei die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, der unmittelbar nach dem erstaunlich frühzeitigen Wiedererstehen politischer Parteien – KPD, SPD, CDU und LDP – entstand, durchaus als ein Gebot der Not vorerst widerstandslos hingenommen wurde. Kein Demokrat dachte im Sommer 1945 daran, daß die Einbindung in den Antifa-Block einmal mit der Tabuisierung jeder parlamentarischen Opposition enden sollte. Beseitigung der Trümmer und gemeinsamer Aufbau von Verwaltung und Versorgung – das war die Devise.

Zu wandeln begann sich diese Bewußtseinslage, als unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht oder auf deren unmittelbaren Befehl im Spätsommer und im Herbst 1945 die ersten rigorosen Eingriffe in die Wirtschafts- und Sozialstruktur der sowjetischen Zone einsetzten. Sie sollten das Terrain für eine „Revolution von oben“ bereiten. „Demokratische Bodenreform“, „Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher“ – das waren die erklärten Zielsetzungen, die freilich zunächst unter dem Aspekt der Entnazifizierung gesehen wurden. Entnazifizierung wurde als Vehikel zum revolutionären Umbruch in Staat und Gesellschaft mißbraucht, was nun zwangsläufig allerdings erste oppositionelle Regungen auslösen mußte.

Zu erinnern ist an das Auftreten der beiden CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber gegen eine entschädigungslose Enteignung in der Bodenreform, das zu ihrer Absetzung kraft Besatzungsbefehl führte. Ich erwähne punktuelle Proteste gegen Enteignungen in der Industrie. In einzelnen Betrieben wurde – wie es in einer Geschichte der SED hieß – „mit Hilfe reformistischer Kräfte“ die gesamte Belegschaft gegen eine Enteignung mobilisiert. Es war kein Zufall, daß ein Volksentscheid zur Enteignungsfrage am 30. Juni 1946 auf Sachsen beschränkt blieb – in den übrigen vier Ländern verzichtete die SED darauf aus Furcht vor einer offenen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Opposition.

Im Kontext zu dieser Entwicklung ist die erste qualitative Veränderung im Parteiensystem der Sowjetischen Besatzungszone zu sehen. Nachdem schon die Maßregelung von Hermes und Schreiber die engen Grenzen tolerierter Opposition sichtbar gemacht hatte, waren es im Herbst 1945 und im Frühjahr 1946 die Umstände, unter denen KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammengeschlossen wurden. Neben jenen Sozialdemokraten, die aus Überzeugung oder Opportunismus Ja zur Fusion sagten, standen jene, die sich, unter dem Einfluß Kurt Schumachers zumal, beharrlich verweigerten.

Die Gründungsgeschichte der SED brauche ich hier nicht im einzelnen nachzuzeichnen, sie ist mehrfach wissenschaftlich thematisiert worden, nicht zuletzt von Hermann Weber, aber festzuhalten bleibt, daß neben viel Hoffnung und Illusion 1946 auch politische Intrigen, bewußte Täuschung, brutale Nötigung und geheimpolizeilicher Terror dabei waren, als die SED geschaffen wurde. Kein Mittel war der Führung der KPD und ihren sowjetischen Genossen zu gemein, um die Opposition vereinigungsunwilliger Sozialdemokraten zu brechen. Schon 1946 kam es auch zu Verhaftungen unter oppositionellen Sozialdemokraten.

So dauerte es nur wenige Monate, bis sich nach dem Vereinigungsparteitag sozialdemokratischer Widerstand zu aktivieren begann; er wurde in den Jahren 1947/48 um so stärker, je unverhohlener die Kommunisten in der vermeintlich geeinten Partei ihren Führungsanspruch durchsetzten.

Während es unter den führenden Sozialdemokraten der sowjetischen Zone nur einen einzigen Versuch gab, intern gegen die Stalinisierung der SED zu opponieren – ein entsprechendes Geheimgespräch Ende Mai 1948 bei Max Fechner wurde von Otto

Grotewohl verraten und löste die Flucht Erich Gniffkes aus –, gingen an der Basis der Partei Tausende ehemalige Sozialdemokraten zu illegalem Zusammenhalt über, sie knüpften Kontakte untereinander und zum Ostbüro der SPD, bildeten Gruppen und leisteten Widerstand, übrigens nicht selten unter Anknüpfung an Erfahrungen aus dem antifaschistischen Widerstand. Arno Wend, Dresden, Fritz Drescher, Halle, Hermann Kreuzer, Saalfeld – drei Namen von 5.000 Sozialdemokraten, die in sowjetische Zwangsarbeitslager oder in Zuchthäuser der späteren DDR gegangen sind, weil sie Sozialdemokraten bleiben wollten.

Auch der erste Schauprozeß vor dem Obersten Gericht der DDR, der am 29. April 1950 mit hohen Zuchthausstrafen endete, sollte, personalisiert auf die beiden Hauptangeklagten, Professor Willi Brundert und Dr. Leo Herwegen, den sozialdemokratischen Widerstand und die Opposition der CDU treffen.

Obwohl die während der ersten stalinistischen Säuberungsaktion in der SED im ersten Halbjahr 1951 durchgeführten Parteiausschlüsse, mehr als 150.000 an der Zahl, überwiegend ehemalige Sozialdemokraten betrafen, hat sich sozialdemokratischer Widerstand auch in den fünfziger Jahren punktuell immer wieder aktualisiert. Während des Aufstands vom 17. Juni 1953 trat auf, was die SED „starke Erscheinungen des Sozialdemokratismus“ nannte, in Leuna, Merseburg, Dessau, Halle, Weißenfels, Bernburg, Köthen – so ein Rechenschaftsbericht der SED-Bezirksleitung Halle. Analoges ist aus Ost-Berlin, aus Brandenburg, Sachsen und Thüringen zu belegen.

Mit der Einschmelzung der SPD in die Einheitspartei war die stärkste Konkurrenz der KPD in künftigen Wahlen ausgeschaltet. Die beiden bürgerlichen Parteien schienen im Antifa-Block unter Kontrolle. Ihre Duldung nährte eine Zeitlang sogar die Hoffnung auf eine parlamentarische Demokratie auch in der sowjetischen Zone.

Als allerdings CDU und LDP bei den ersten Nachkriegswahlen – den Gemeindewahlen im September und vor allem den Landtagswahlen im Oktober 1946 – überraschend gute Ergebnisse erzielten, waren die Kommunisten konsterniert. Um wenigstens die Opposition der bürgerlichen Parteien in den Landtagen zu konterkarieren, bestand die SED – im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht – auf einer Beteiligung aller Parteien an der Bildung der Landesregierungen. So blieb der Schein der antifaschistischen Einheitsfront gewahrt, obwohl die SED gleichzeitig die politischen Schlüsselstellungen in den neuen Landesregierungen einnahm. Mit vorläufiger Ausnahme von Sachsen-Anhalt stellte sie in den Ländern alle Regierungschefs, alle Innenminister, alle Volksbildungsminister.

In der Tat wurde Opposition in den Landtagen nur gelegentlich manifest. Sie blieb ohne nachhaltigen Einfluß auf die „Revolution von oben“, die der Sowjetischen Besatzungszone oktroyiert wurde. Wie wenig auch sonst Opposition hingenommen wurde, zeigte sich 1947, als die beiden CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer rigoros aus ihren Wahlämtern entfernt wurden, nachdem sie sich der SED-manipulierten „Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ verweigert hatten. Ihre Nachfolger Otto Nuschke als Vorsitzender und Georg Dertinger als Generalsekretär führten die CDU auf den Weg zur opportunistischer Anpassung – was den späteren Außenminister Dertinger nicht davor bewahrte, 1954 als Haupt einer sogenannten Verschwörergruppe zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt zu werden.

Den Weg zwischen Widerstand und Gleichschaltung der CDU hat Michael Richter grundlegend erforscht. Zudem nenne ich die Arbeiten von Siegfried Suckut. Erwiesen ist heute, daß in der Nachkriegszeit und in den fünfziger Jahren mindestens 1.500 Funktionäre und Mitglieder der CDU – ihre Namen sind bekannt und belegbar –

verhaftet und verurteilt wurden, unter ihnen Helmut Brandt, Staatssekretär im DDR-Justizministerium, der rund 14 Jahre in politischer Haft zubringen mußte.

In der LDP vollzog sich die Gleichschaltung nach dem Tode von Wilhelm Külz ähnlich konfliktreich. Zu erinnern ist hier an Hermann Becker, Fraktionsvorsitzender im Thüringischen Landtag, der 1948 ungeachtet seiner parlamentarischen Immunität verhaftet wurde und über acht Jahre in sowjetischen Zwangsarbeitslagern zubringen mußte.

Um den Einfluß von CDU und LDP im parlamentarischen Raum zu zernieren und ihr potentiellres Wählerreservoir aufzuteilen, manipulierte die SED gemeinsam mit der Besatzungsmacht 1948 die Gründung zweier Satellitenparteien in Gestalt von NDPD – National-Demokratische Partei Deutschlands – und DBD – Demokratische Bauernpartei Deutschlands –. Opposition und Widerstand waren von ihnen infolge ihrer Durchsetzung mit kommunistischen Kadern von Anfang an nicht zu gewärtigen. Vor diesem historischen Hintergrund wollte und sollte die SED niemals mehr Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht zulassen, wie sie 1946 stattgefunden hatten. Schon im Vorfeld der DDR-Gründung, bei den Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß im Mai 1949, wurde dem Volk nur mehr eine einheitliche Kandidatenliste mit vorher aufgeschlüsselter Mandatsverteilung zugemutet. Als sich der Deutsche Volksrat, formal vom Volkskongreß gewählt, am 7. Oktober 1949 als Provisorische Volkskammer konstituierte, entfielen auf CDU und LDP nur noch je 45 von insgesamt 330 Mandaten. Opposition in der Volkskammer war somit von Anfang an aussichtslos. Rainer Eppelmann hat schon daran erinnert, daß es bis zum Sturz Honeckers nur einmal Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen in der Volkskammer gegeben hat.

Nachzutragen bleibt, daß starke Reflexe bürgerlicher Opposition während der fünf Nachkriegsjahre auch und gerade an Universitäten und Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone auszumachen waren. Hier boten Hochschulgruppen von CDU und LDP eine klare Alternative zu den Hochschulgruppen der FDJ, etwa in der akademischen Selbstverwaltung bei Studentenratswahlen.

Die Namen von Arno Esch, Wolfgang Natonek, Manfred Klein und Georg Wrazidlo sind längst zu Synonymen für Opposition und studentischen Widerstand jener Zeit geworden. Arno Esch, Liberaler von Gesinnung und politischem Engagement, wurde 1949 gemeinsam mit anderen Kommilitonen in Schwerin vor ein Sowjetisches Militärtribunal gestellt und zum Tode verurteilt, 1951 in Moskau erschossen. Wolfgang Natonek – er ist vor zwei Monaten in Göttingen verstorben –, ebenfalls LDP und Studenratsvorsitzender in Leipzig, wurde 1949 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, von denen er acht Jahre verbüßen mußte. Manfred Klein und Georg Wrazidlo, beide CDU-Hochschulgruppe an der Humboldt-Universität Berlin, wurden 1947 mit etwa 20 anderen Studenten verhaftet. Die meisten kehrten wie Klein und Wrazidlo erst 1956 in die Freiheit zurück.

Namen, die für viele stehen, Zeugen von Opposition und Widerstand. Wie Waldemar Krönig und Klaus-Dieter Müller in ihrer Untersuchung über Hochschule und Studenten in SBZ und DDR 1945 bis 1961 dokumentieren – sie erschien dieser Tage unter dem Titel „Anpassung/ Widerstand/ Verfolgung“ –, sind in dem benannten Zeitraum rund 1.200 Studenten verhaftet und in den Archipel GULag oder in Zuchthäuser der DDR verbracht worden. Die meisten ereilte ihr Schicksal in den Nachkriegsjahren bis 1950. „Von manchen fehlt bis heute jede Nachricht“ – resümieren die Autoren.

Als am 7. Oktober 1949 die DDR in die Geschichte eingetreten war, nahmen auch Opposition und Widerstand eine neue politische Qualität an. Schon im ersten Jahr des zweiten deutschen Staates wurde klar, wie definitiv die SED ihre Diktatur zu

etablieren entschlossen war. Paradigmatisch geradezu die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit und der erste Schauprozeß vor dem Obersten Gericht. Ebenso charakteristisch die Einbindung von CDU und LDP in die Regierung unter Ministerpräsident Otto Grotewohl. Opposition im Parlament erklärte der neue Ministerpräsident rundheraus für „verantwortungslos“.

Nach dem Coup, mit dem sich unter Vermeidung von Wahlen der Volksrat zur Volkskammer konstituiert hatte, wurden zwar für den 15. Oktober 1950 Wahlen zur Volkskammer sowie zu den Landtagen und Kommunalparlamenten anberaumt, aber sie wurden entgegen der zwingenden Bestimmung in Artikel 50 der ersten DDR-Verfassung nicht „in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes“ durchgeführt, sondern als Einheitslistenwahl mit vielfach offener Stimmzettelabgabe inszeniert. Niemand war von dem Wahlergebnis 1950 – 99,7 % Ja-Stimmen – überrascht.

Natürlich provozierte diese Vorgehensweise Opposition und Widerstand. Sowohl in der Volkskammerfraktion der CDU – hier inspiriert durch Helmut Brandt – als auch in der Fraktion der LDP – hier auf Initiative des damaligen Generalsekretärs Günter Stempel – wurden Forderungen nach wirklich demokratischen Wahlen laut. Beide wurden, ohne daß ihre parlamentarische Immunität aufgehoben wurde, kurz vor dem Wahltag verhaftet und später verurteilt: Brandt vom Obersten Gericht der DDR – ich erwähnte es schon –, Günter Stempel von dem Sowjetischen Militärtribunal in Berlin-Lichtenberg.

Ähnliche Schicksale, wenn auch nicht ganz so hart, erlitten andere bürgerliche Politiker, Landesminister, Landtagsabgeordnete, die entmachtet wurden und meistens flüchten mußten, um ihrer Verhaftung zu entgehen.

Die SED ging mit Brachialgewalt gegen alle vor, die sich für freie Wahlen einsetzten – auch in illegalen Widerstandsaktionen, die sich im wesentlichen allerdings darauf beschränkten, freiheitliche Parolen an Mauern und Hauswände zu malen oder Flugblätter zu verteilen, selbstgefertigte oder solche, die aus West-Berlin beschafft wurden.

Bezeichnend für diesen Widerstand: das Aufbegehren des Oberschülers Hermann Joseph Flade aus Olbernhau im Erzgebirge. Als 18jähriger war er am 16. Oktober 1950 festgenommen worden, genau einen Tag nach den ersten Volkskammerwahlen, nachdem er in den Tagen zuvor Flugzettel gegen die Einheitswahlen verteilt hatte. Da er sich seiner Festnahme durch zwei Volkspolizisten zunächst widersetzen konnte, und zwar unter Einsatz eines Messers, konstruierte das Landgericht Dresden nach seiner Verhaftung daraus einen Mordversuch und verurteilte den Oberschüler am 10. Januar 1951, drei Monate nach der Tat, wegen Boykotthetze zum Tode. Nur landesweiter Protest erzwang in einer Revisionsentscheidung schließlich die Umwandlung in 15 Jahre Zuchthaus, von denen Hermann Joseph Flade rund zehn Jahre verbüßen mußte.

Sein Fall war beispielgebend für zahlreiche andere Oberschüler, nicht zuletzt für 19 Oberschüler aus Werdau, mit deren Verurteilung sich die Enquete-Kommission in ihrer Anhörung in Rostock schon beschäftigt hat. Allein im Land Sachsen waren 1950 laut einer offiziellen Statistik der Hauptabteilung Justiz in der Kanzlei des sächsischen Ministerpräsidenten 499 politische Strafsachen anhängig. Zitat: „Bis zur Volkswahl am 15. Oktober 1950 überwogen die Delikte, welche die Agitation zum Zwecke der Beeinflussung der politischen Meinung zum Gegenstand hatten.“ So kann man es auch formulieren.

Ihre dramatische Zuspitzung erfuhr die Situation in der jungen DDR in den Jahren 1952/ 53, wozu Opposition und Widerstand logischerweise erheblich beigetragen haben. Ursächliches Moment war der auf der 2. Parteikonferenz der SED offiziell

proklamierte „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR, eine Strategie und Taktik, die mit der Zentralisierung im Staatsaufbau, der widerstandslosen de-facto-Auflösung der fünf Länder, mit einer „Verschärfung des Klassenkampfes“ – also verschärfter innerer Repression –, dem weiteren Ausbau der Schwerindustrie zu Lasten des Konsums, mit forciertem Übergang zur Kollektivierung der Landwirtschaft und nicht zuletzt mit dem Aufbau DDR-eigener Streitkräfte verbunden war.

Zur unmittelbaren Reaktion der Bevölkerung gehörte auch ein unaufhaltsames Anschwellen des Flucht- und Abwanderungsstromes. 1952 verließen 182.000 Menschen die DDR, 1953 waren es 331.000. Da diese „Abstimmung mit den Füßen“ durchaus destabilisierend wirkte, muß sie meines Erachtens den oppositionellen Verhaltensweisen zugerechnet werden, auch wenn ich mir bewußt bin, daß jeder, der aus politischen Gründen in den Westen wechselte, damit auch gleichzeitig das Widerstandspotential in der DDR dezimierte.

Die Verschärfung der inneren Situation ließ sich im übrigen schon im Spätherbst 1952 an punktuellen Streiks ablesen, aber auch an nicht immer unproblematischen Widerstandsaktionen, die von Arbeit-langsam-Parolen bis zu Sabotageakten reichten. Die Gefängnisse füllten sich, erste Todesurteile wegen politischer Delikte wurden verhängt und vollstreckt, Ende 1952 wurden Karl Hamann, Mitvorsitzender der LDPD und Minister für Handel und Versorgung, Ex-Politbüromitglied Paul Merker, Anfang 1953 Außenminister Dertinger verhaftet. Gegen die evangelische Junge Gemeinde, die sich ihre Unabhängigkeit gegenüber der FDJ bewahrt hatte, setzte ein massives Kesseltreiben ein, und ähnliche Symptome mehr sind zu verzeichnen.

Die Wetterzeichen der Zeit wiesen auf Sturm. Zu deuten wußten sie die Herrschenden in Ost-Berlin nicht. Auch nach Stalins Tod am 5. März 1953 hielten sie an ihrer stalinistischen Politik fest. Erst durch Intervention aus dem Kreml wurden sie zu einem „Neuen Kurs“ veranlaßt, der eine Reihe taktischer Zugeständnisse verhielt. Indes konnte der Aufstand der Massen dadurch nicht mehr verhindert werden. Seine Geschichte ist weithin erforscht – durch Arnulf Baring etwa, aus jüngster Zeit durch Torsten Diedrich, Manfred Hagen und nicht zuletzt durch Armin Mitter.

Immerhin kam es am 16. und 17. Juni 1953 sowie in den Tagen danach zu Streiks, Demonstrationen und Unruhen in 373 Städten und Ortschaften in der DDR einschließlich Ost-Berlins, von wo aus der Massenprotest seinen Ausgang genommen hatte. Betroffen waren vor allem Ost-Berlin und die Industrieregionen der Berliner Randgebiete, ferner Magdeburg, Halle mit Buna und Leuna, Jena, Leipzig, die Chemieregion Bitterfeld, Dresden, Niesky, Bautzen und Görlitz.

Auch um das Scheitern des Aufstandes weiß jedermann. Mit sowjetischer Waffengewalt konnte das Regime der SED gerettet und gesichert werden – über 1.600 Demonstranten wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, eine Reihe von ihnen standrechtlich erschossen, hier in Jena – wie vorhin schon erwähnt – der Arbeiter Helmut Diener.

Als der Gärtner Ernst Jennrich, übrigens ein Sozialdemokrat, wegen Beteiligung am Juniaufstand in Magdeburg zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurde, erwirkte der Staatsanwalt des Bezirkes ein Todesurteil. Seinen Protest vom 27. Juli 1953 begründete er wie folgt: „Eine lebenslängliche Freiheitstrafe kann unmöglich ausreichende Sühne ... sein. Des weiteren ist diese Strafe nicht geeignet, unserer Ordnung und unseren Staatsorganen den erforderlichen Schutz zu geben, da bekanntlich Verbrecher dieser Art eine Strafe auf Lebenszeit als zeitlich begrenzt betrachten, weil sie stets mit Regimewechsel und Umsturz rechnen und hierdurch ihre Befreiung erwarten.“ Ende dieses Zitats, das jeden Kommentar erübrigt.

Die Konsequenzen, die der Juniaufstand für die SED selbst zeitigte, fanden ihren augenfälligen Ausdruck im Sturz Wilhelm Zaisers, Mitglied des Politbüros und

Minister für Staatssicherheit, sowie Rudolf Herrnstadts, Kandidat des Politbüros und Chefredakteur des „Neuen Deutschland“. Ob das, was sie taten, als innerparteiliche Opposition zu qualifizieren ist, ist eine Frage der Definition. Zweifellos haben sie im engsten Führungskreis über eine Erneuerung der SED und über eine Alternative zu Walter Ulbricht diskutiert, weil sie ein Desaster auf die Partei zukommen sahen; andererseits wollten sie die Politik der SED keineswegs prinzipiell ändern. Sie suchten neue Wege zum alten Ziel. Insofern sind Vorbehalte gegen ihre Opposition durchaus begründet.

Dieselbe Frage stellt sich bei der Wertung eines anderen Konflikts, der 1957/58 in der Führung der SED aufbrach. Unter maßgeblichem Einfluß von Karl Schirdewan, damals Mitglied des Politbüros und für Kaderpolitik zuständiger Sekretär des Zentralkomitees, hatten sich mehrere führende Genossen untereinander auf ein Gegenkonzept zur Politik Ulbrichts verständigt. In offizieller Version wurden sie beschuldigt, eine „opportunistische Gruppe“ gebildet zu haben, „die versucht hätte, die politische Linie der Partei zu ändern.“ Neben Schirdewan hatten dazu Ernst Wollweber, damals Minister für Staatssicherheit, Gerhard Ziller, damals ZK-Sekretär für Wirtschaft – er nahm sich am 17. Dezember 1957 das Leben –, Fred Oelssner, einst Chefideologe der SED, und Exminister Fritz Selbmann gehört. Waren auch sie dem oppositionellen Spektrum zuzurechnen?

Wiederum hängt eine Antwort auf diese Frage davon ab, wie Opposition begrifflich eingegrenzt wird. Mit Gewißheit läßt sich freilich sagen, daß die Gruppe um Schirdewan durchaus Rückhalt im Funktionärskader und in Teilen der Mitgliedschaft der SED besessen hat. Insoweit ist sie für Ulbricht – anders als Zaisser und Herrnstadt – ein reales politisches Risiko gewesen. Vielleicht bringen Schirdewans Memoiren, die in Kürze erscheinen sollen, Klarheit in dieses Zwielflicht.

Weniger Schwierigkeiten bereitet es, die sogenannte revisionistische Opposition einzuordnen, die 1956 in Auswirkung des XX. Parteitages der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED auftritt, indem sie sich öffentlich artikuliert. Die Rede ist von einer geistig-politischen Einstellung unter Wissenschaftlern und Studenten, Intellektuellen und Schriftstellern, zumeist Mitgliedern der SED, deren Intentionen nicht auf einen Bruch mit dem Marxismus-Leninismus hinausliefen, sondern auf den Kerngedanken, ihn von den Fesseln des Stalinismus und des Dogmatismus zu befreien.

Die revisionistischen Oppositionellen, die sich auf Ernst Bloch, auf Georg Lukács, auch auf Leo Trotzki beriefen, glaubten grundsätzlich an die Möglichkeit, den Sozialismus/ Kommunismus zu demokratisieren, zu humanisieren. Mit ihnen verbanden sich, wie bei Hermann Weber und Martin Jänicke, neuerdings auch bei Stefan Wolle nachzulesen ist, Namen wie Fritz Behrens, Arne Benary, Wolfgang Harich, Walter Janka, ferner Günther Zehm an der Universität Jena, Gerhard Hasse, Joachim Hoffmann, Erich Loest, Ralf Schröder und andere in Leipzig und in Halle.

Die Führung der SED dürfte die Opposition der Intellektuellen vor allem aus der Erwägung gefürchtet, wohl auch überschätzt haben, weil sie am Beispiel der Unruhen in Polen und des Aufstands in Ungarn 1956 hatte erleben müssen, wie opponierende Intellektuelle ein Bündnis mit streikenden, mit aufständischen Arbeitern schlossen und zu gemeinsamer Aktion fanden. Tatsächlich hat es auch in der DDR im Herbst 1956 und im Frühjahr 1957 erneut punktuelle Streiks und andere Protestaktionen in Betrieben gegeben.

Interessant ist im übrigen, daß sich im Unterschied zur revisionistischen Opposition in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch studentische Oppositionszirkel wie der „Eisenberger Kreis“ in Jena um Thomas Ammer, Hans Frömel, Peter Herrmann und andere zusammenfanden, die sich politisch nicht am Sozialismus orientierten, deren

historisches Ideal z. B. Claus Graf Schenk von Stauffenberg war. Es gab eine Gruppe um Heinrich Blobner in Halle, die eine durchaus bürgerliche Alternative als Programm erarbeitet hatte. Das Oberste Gericht zitierte in seinem zweitinstanzlichen Urteil gegen Blobner und andere daraus folgende Forderungen, die Hinweise auf das geben, was man wollte:

1. Sturz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik;
2. Änderungen in der Führung der SED und Beseitigung ihrer führenden Rolle;
3. Erteilung von Lizenzen für westdeutsche Betriebe;
4. Reprivatisierung kleinerer volkseigener Betriebe;
5. Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften;
6. Beschränkung der Wirtschaftsplanung auf die wichtigsten Dinge;
7. Auflösung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Staatssicherheit;
8. Austritt aus dem Warschauer Pakt.

Das waren Forderungen wohlgermerkt aus der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre! Von Sozialismus war keine Rede mehr.

Mit Ausnahme von Behrens und Benary wurden alle von mir hier namentlich Genannten zu Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt. Das Regime machte nicht den geringsten Versuch, sich mit dieser Opposition politisch auseinanderzusetzen. Trotzdem blieben es nicht die letzten Ansätze studentischen Widerstands, wie die illegale Bildung eines National-Kommunistischen Studentenbundes an der damaligen Technischen Hochschule Dresden belegt. Im April 1959 wurde eine Reihe Mitverschworener mit Strafen bis zu zehn Jahren Zuchthaus belegt.

Mit diesen Beispielen studentischen Widerstands aus den fünfziger Jahren komme ich zum Ende meiner Ausführungen. Zwar ist für die späten fünfziger Jahre eine Konsolidierung der SED-Diktatur erkennbar – ein Indiz dafür war die 1959/ 60 verschärfte Politik der Kollektivierung der Landwirtschaft –, man sah die SED wieder in der Offensive, aber auch neue Formen von Opposition und Widerstand sollten aufkommen, im gegebenen Zusammenhang speziell das als „revisionistisch“ verworfene Agrarwirtschaftsprogramm von Kurt Vieweg, einst Landwirtschaftssekretär des ZK, der dafür mit zwölf Jahren Zuchthaus bestraft wurde. Aber auch Widerstandsaktionen auf dem Lande bis hin zu Sabotageakten, Brandstiftungen, die wiederum mit drakonischen Strafen geahndet wurden, kennzeichnen diese Phase.

Andererseits schwoll im Kontext dazu auch die Flucht- und Abwanderungsbewegung erneut an. 1959 verließen rund 144.000 Menschen die DDR, 1969 waren es 200.000.

Für wie aktuell die herrschende Politbürokratie Opposition und Widerstand hielt, ließ als Gegenmaßnahme der verstärkte Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit erkennen. 1957 zählte der Überwachungs- und Unter-drückungsapparat bereits 17.500 hauptamtliche Mitarbeiter.

Zu den Legenden der fünfziger Jahre gehört die Version, Opposition und Widerstand in der DDR wären auf äußere Einwirkung zurückzuführen, zumal auf die Ostbüros der demokratischen Parteien in West-Berlin und Bonn, auf das Gesamtdeutsche Ministerium, auf die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, deren „Agenten“ sozusagen überall die Finger im Spiel gehabt hätten. Zwar sind solche Einwirkungen versucht worden, aber es wäre absurd, sie als wesentliche Ursache für Opposition und Widerstand zu deuten. Die politische Kausalität war eher umgekehrt: Weil und nachdem innere Gegensätze in der SBZ/ DDR Opposition und Widerstand hervorbrachten,

entstanden in West-Berlin und Bonn auch logistische Zentren, um Unterstützung zu gewähren.

Selbst die Einwirkung westlicher Geheimdienste auf die DDR der fünfziger Jahre sollte nicht überschätzt werden. Es hat sie selbstverständlich gegeben, aber ihre politische Entwicklung haben sie nicht zu prägen vermocht. Opposition und Widerstand sind durch die Geheimdienste kaum inspiriert oder provoziert worden.

Bleibt zum Schluß zu fragen, was Opposition und Widerstand in den fünfziger Jahren in der DDR politisch bewirkt haben. Solange der Bestand des Regimes durch die in der DDR stationierten Sowjettruppen garantiert war, vertraglich abgesichert mit der Regierung der UdSSR, konnte ein grundsätzlicher Wandel oder gar ein Zusammenbruch der SED-Diktatur nicht erwartet werden. Das wäre unrealistisch und eine Überforderung von Opposition und Widerstand gewesen. Indes haben sie durch ihr Wirken die Herrschenden in Ost-Berlin und Moskau ständig zu taktischen Rücksichten genötigt. Ohne Opposition und Widerstand wären Willkür und Repression in der DDR der fünfziger Jahre unverhältnismäßig drückender gewesen. Vornehmlich das Trauma des 17. Juni 1953 hat die Herrschenden nie mehr verlassen. Es war in ihrem politischen Kalkül bis zuletzt. Als Erich Mielke im Kreise seiner Paladine am 31. August 1989 über die Lage in der DDR beriet, fragte er, laut Protokoll, angstvoll: „Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?“ Seine Ahnung hatte ihn nicht getrogen.